

**27. Wissenschaftlicher Kongress  
der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft (DVPW)  
„Grenzen der Demokratie / Frontiers of Democracy“  
vom 25. bis 28. September 2018 an der Goethe-Universität Frankfurt am Main**

Ausschreibung von Vorträgen im Rahmen des Panels

**Totgesagte leben länger. Die Krise der Demokratie und der Religion**

Organisation: Dr. Stefanie Hammer (Erfurt) & Dr. Verena Frick (Erfurt)

Mit Unterstützung der Arbeitskreise „Politik und Religion“ und „Politik und Recht“

Das verstärkte Aufkommen (rechts)populistischer Parteien und Bewegungen, die sinkende Wahlbeteiligung und eine allgemeine Politik- und Parteienverdrossenheit in westlichen Demokratien, all diese Phänomene werden in der Politikwissenschaft als Zeichen dafür gewertet, dass die liberale repräsentative Demokratie in eine Krise geraten zu sein scheint. Eine ähnliche Krise erlebt auch die christliche Religion in westlichen Gesellschaften. Ihre Bedeutung im privaten und öffentlichen Raum geht zurück, und damit auch die Bedeutung, die Religion von Politik und Wissenschaft für den gesellschaftlichen Zusammenhalt zugesprochen wird. Bewegungen, wie die Dresdner PEGIDA sind ein Beispiel für das Zusammenspiel dieser beiden Krisennarrative. Hier soll unter Anwendung populistischer Parolen das jüdisch-christliche Abendland von einem Teil der Bevölkerung ‚gerettet‘ werden, der der Wissenschaft aufgrund mehrheitlicher Irreligiösität bisher eher als „Sonderfall Ostdeutschland“ aufgefallen ist. Möglicherweise liegt das scheinbare Paradox eben im Zusammentreffen politischer Unzufriedenheit und eines nun identifizierbaren Feindbildes sowie Bedrohungsszenarios. Die vermeintliche Bedrohung geht von einer Religion aus, die aufgrund äußerlicher Merkmale (Kopftuch, Moscheebau mit und ohne Minarett) in der eigentlich immer mehr als säkular verstandenen Öffentlichkeit an Sichtbarkeit gewinnt.

Welche Beziehung besteht nun tatsächlich zwischen Demokratie und Religion? Handelt es sich hier um eine Wahlverwandtschaft oder stellt Religion im Sinne Rousseaus noch immer eine *conditio sin qua non* für Demokratie dar? Hat die (religions-)soziologische These von der zentralen Rolle von Religion in Bezug auf Integration und gesellschaftlichen Zusammenhalt auch heute noch Bestand oder muss sie als längst überholt aufgegeben werden? Welche Rolle spielen religiöse Vereinigungen bei der Erneuerung von Demokratie? Und inwiefern wirken Liberalität und Demokratisierung auch auf die Religionen selbst?

Antworten auf diese Fragen werden häufig in der Sprache des Rechts gegeben. Nahezu alle religionspolitischen Konfliktthemen wie Kopftuch oder Beschneidung landen irgendwann vor Gericht. Mitverhandelt wird dabei immer auch die Verhältnisbestimmung von Demokratie und Religion sowie Individuum und Gemeinschaft. Vor diesem Hintergrund stellt sich nicht nur die Frage nach der Rolle von Gerichten als religionspolitische Akteure, sondern auch nach der politischen Wirkung ihrer Entscheidungen im Politikfeld Religion. Kann man beispielsweise mit Blick auf Urteile zu Kopftuchstreit und Beschneidung von einer Liberalisierung bzw. Demokratisierung von Religionen sprechen?

Diese Fragen gilt es nicht nur unter religionssoziologischen und demokratietheoretischen Aspekten zu betrachten, sondern auch aus rechtswissenschaftlicher Perspektive. Die Fragen zum Zusammenspiel von Religion und Demokratie können dabei international vergleichend oder mit Blick auf erkenntnistheoretisch besonders interessante Fallanalysen beantwortet werden. Auch eine aktualisierte Debatte zu den theoretischen Grundannahmen der Integrationstheorie ist denkbar.

Erwünscht sind politikwissenschaftliche, rechtswissenschaftliche, theologische und religionssoziologische Beiträge, die auf eine oder mehrere der oben genannten Fragen aus empirischer oder theoretischer Perspektive Bezug nehmen.

Der Vorstand der DVPW möchte auch jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern die Chance eröffnen, sich an den Veranstaltungen der DVPW zu beteiligen; ebenso ist erwünscht, dass mehr Frauen als bisher aktiv am Kongress teilnehmen.

Bitte senden Sie Ihren Vorschlag von nicht mehr als 500 Wörtern bis zum **31. Januar 2018** an folgende E-Mail-Adressen der Veranstalterinnen des Panels:

stefanie.hammer@uni-erfurt.de

verena.frick@uni-erfurt.de